

BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

Gewissensentscheidung

Drei FDP-Stimmen aus Sachsen für Joachim Gauck

30. Mai 2010, 14.00 Uhr. Bundespräsident Horst Köhler tritt völlig überraschend zurück. Die Politik hält den Atem an. Allen ist klar, dass Köhlers Rücktritt nach dem Stotterstart der schwarz-gelben Koalition in Berlin weitere Turbulenzen bedeutet. Nur dreißig Tage bleiben laut Grundgesetz bis zur Wahl eines neuen Staatsoberhauptes.

Schon Stunden nach dem Amtsverzicht kursieren erste Namen, wer als Nachfolger in Frage kommt. Neben Spekulationen um aktive Parteipolitiker macht bald der Name Joachim Gauck die Runde; quer durch die politischen Lager. Der ehemalige Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde ist eine der prägendsten Persönlichkeiten der friedlichen Revolution und gilt vielen als moralische Instanz. Vor allem in Sachsen, im Stammland des Umbruchs, genießt der 70-Jährige hohes Ansehen und Respekt. Und: Die Sachsen-FDP hatte Gauck bereits bei der Präsidentenwahl im Jahr 2004 ins Gespräch gebracht.

Auf die Präsentation des Unionspolitikers Christian Wulff als gemeinsamer Kandidat der Berliner CDU/CSU/FDP-Koalition reagierten die sächsischen Freidemokraten dann auch sehr zurückhaltend. Als fast gleichzeitig Joachim Gauck von SPD und Grünen als Kandidat präsentiert wurde, war klar, dass die Entscheidung der Sachsen-FDP nicht einfach würde. Eine Flut von E-Mails, Briefen und Anrufen erreichten Partei und Landtagsfraktion. „Ich kann mich nicht erinnern, wann ein politisches Thema derart elektrisiert und mobilisiert hat“, so Partei- und Fraktionschef Holger Zastrow rückblickend. „Man hätte sich in Berlin mehr Zeit für die Kandidatensuche nehmen und eine Diskussion darüber zulassen müssen. Ich war hin- und hergerissen. Es standen – in der Geschichte der Bundespräsidentenwahlen

nahezu einmalig – zwei äußerst respektable Persönlichkeiten zur Wahl, die es verdient hatten, dass man sich intensiv mit ihrer Kandidatur auseinandersetzt. Und diese Zeit haben wir uns in Sachsen genommen.“

Nachdem aus zahlreichen Orts- und Kreisverbänden bereits klare Signale

für Gauck erklärt hatte und aus deren Mitte neben den vier Bundestagsabgeordneten drei weitere FDP-Wahlmänner kamen, folgte diesem Votum Tags darauf. Wenige Tage später gaben die inzwischen vom Landtag gewählten drei FDP-Wahlmänner Holger Zastrow, Torsten Herbst und Tino Günther in persön-

das, was von einigen Parteistrategen als „Abweichter“ bezeichnet wurde, ist Ausdruck spannender gelebter Demokratie.

Während das Ergebnis die einen in der Partei jubeln lies, war es für die anderen eine Enttäuschung. „Wir wollten, dass Joachim Gauck



Vier-Augen-Gespräch im Dresdner Landtag: FDP-Landes- und Fraktionschef Holger Zastrow und Kandidat Joachim Gauck Foto: momentphoto

pro Gauck kamen, bekundete auch der Landesparteierrat am 10. Juni mit einem überwältigenden Stimmungsbild seine Sympathie für Joachim Gauck. Vorausgegangen war eine mehrstündige – auch kontroverse – Diskussion, in der vor allem die anwesenden Bundestagsabgeordneten zu bedenken gaben, welche Folgen ein Votum pro Gauck für die Berliner Koalition hätte. Von einem unmittelbar bevorstehenden Ende der Koalition war die Rede, von Neuwahlen und Mandatsverlusten im Angesicht ungünstiger FDP-Umfragewerte, von der Präsidentenwahl als stabilisierenden Faktor für Schwarz-Gelb, von taktischen Winkelzügen von Rot-Grün (mehr dazu auf Seite 2).

Der Landesparteierrat sprach sich schließlich dafür aus, die Entscheidung für die sächsischen FDP-Wahlmänner als Gewissensentscheidung frei zu geben. Die Landtagsfraktion, die sich zuvor bereits einstimmig

lichen Erklärungen bekannt (siehe Info-Kasten rechts), dass sie ihrem Gewissen folgen und in allen drei Wahlgängen Gauck wählen werden. Die sächsischen Bundestagsabgeordneten Joachim Günther, Heinz-Peter Hausteil und Reiner Deutschmann erklärten, für Christian Wulff zu stimmen. Jan Mücke erinnerte an das Wahlgeheimnis.

So spiegeln die unterschiedlichen Entscheidungen der sächsischen Wahlmänner ein Stück weit den 30. Juni wieder. Zu Beginn hatten die drei Sachsen in der FDP-Fraktions-sitzung im Reichstag noch einmal ihren Standpunkt erläutert und dafür Respekt und Akzeptanz erfahren. Die Bundesversammlung in Berlin entschied sich nach einem neun-einhalbstündigen Wahlmarathon schließlich im dritten Wahlgang für Christian Wulff. Quer durch die Fraktionen wählte man – mehr als erwartet – nach seinem Gewissen, und

Bundespräsident wird, denn wir leben in besonderen Zeiten. Jeder spürt, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Wir müssen unseren Staat umbauen und die Frage beantworten, auf welchen Grundwerten unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren im Spannungsfeld zwischen Freiheit, Verantwortung und Solidarität stehen soll. In dieser Situation gibt es in unserem Volk eine tiefe Sehnsucht nach einer besonderen Persönlichkeit an der Spitze unseres Landes. Joachim Gauck ist diese besondere Persönlichkeit. Er ist jemand, der über den Dingen steht, Parteigrenzen durchlässig macht und sich parteitaktischen Überlegen entzieht. Genauso stellt sich eine klare Mehrheit der Deutschen einen Bundespräsidenten vor. Es ist schade, dass die Berliner Politik das nicht erkannt hat und nicht die Kraft hatte, über ihren Schatten zu springen“, so Holger Zastrow nach der Wahl.

Aus den Erklärungen der FDP-Wahlmänner



Holger Zastrow

Joachim Gauck verkörpert für mich all die Werte, für die ich selbst im Herbst 1989 auf die Straße gegangen bin: Freiheit, Verantwortung, Marktwirtschaft und Leistungsgerechtigkeit. Er ist ein freier Geist, der unabhängig von tagespolitischen und parteitaktischen Problemstellungen eine moralische Instanz für Deutschland sein kann. Er kann sowohl den Regierenden als auch den Regierten gegenüber ein ehrlicher und zugleich unbequemer Ratgeber und Mahner, Motivator und Kritiker sein und jemand, der die Werte unserer Demokratie verteidigt und unsere Gesellschaft antreibt.



Torsten Herbst

Ich bin überzeugt, dass Deutschland gerade jetzt einen Bundespräsidenten braucht, der den Bürgern Orientierung gibt und sie inspiriert. Joachim Gauck ist ein außergewöhnlicher Kandidat für außergewöhnliche Zeiten. Er verfügt über die Fähigkeit, den Bürgern in ganz Deutschland Mut zu machen. Sein überzeugendes Plädoyer für mehr Freiheit statt Gleichmacherei steht für eine geistige Grundhaltung, die unser Land dringend braucht.



Tino Günther

Vor meinem politischen Hintergrund, speziell auch meiner Erfahrungen in der DDR sowie in Zeiten der Wende 1989, ist meine Entscheidung klar: Ich werde Joachim Gauck wählen. Ich schätze an ihm, dass er geradlinig ist und war. Er war für uns in der Wendezeit eine Leitfigur und hat auch danach den politischen Willen geprägt. Joachim Gauck ist ein liberaler Freiheitskämpfer – und Freiheitskämpfer wählen Freiheitskämpfer.



KURZNACHRICHTEN

Neue stellvertretende Regierungssprecherin

Sandra Jäschke ist zur stellvertretenden Regierungssprecherin und Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei berufen worden. In ihrer vorherigen Position war die 35-jährige Dresdnerin als Pressesprecherin und als Mitglied der Geschäftsleitung bei der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW) und beim Unternehmerverband Sachsenmetall tätig. Jäschke gehört auch dem FDP-Landesvorstand an.



Sandra Jäschke

Neue Aufgabenverteilung im Wirtschaftsministerium

Mit einer Organisationsreform im Wirtschaftsministerium wurden auch personelle Zuständigkeiten verändert. Unter anderem steht Thorsten Wieck seitdem als Leiter der Abteilung „Planung und zentrale Dienste“ vor. Dirk Orlamünder ist als Referatsleiter nunmehr für alle Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten zuständig.

Sachsen-FDP zur Bundespräsidentenwahl

Große Sympathien für Joachim Gauck

Selten haben die sächsischen Freidemokraten eine politische Entscheidung so intensiv und mit so viel Leidenschaft diskutiert, wie die Wahl des Bundespräsidenten. Eine

wahre Flut von E-Mails, Briefen und Anrufen erreichte die Dresdner Parteiführung. Vor allem die Kandidatur des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers und Chefs der Stasi-Unterlagen-

behörde, Joachim Gauck, erfuhr von vielen Mitgliedern und Freunden der Sachsen-FDP, in Orts- und Kreisverbänden und bei den Bürgern große Sympathien. Zugleich wiesen zahl-

reiche Wortmeldungen auch auf die politische Dimension mit Blick auf die schwarz-gelbe Koalition im Bund hin. LiSa hat Stimmen eingesammelt:



Frank Hesse

Frank Hesse (KV Nordsachsen):

Ich bin klar für Gauck, weil er Bürgerrechtler ist, weil er jahrelang für die Freiheit eingetreten ist – auch schon vor der Wende. Wir als FDP in Sachsen neigen außerdem nicht zu Parteisoldaten.



Guido Rux

hier abzuweichen schadet uns eher als es nützt. Eine Einigkeit, wäre auf mehr Wohlwollen bei den Bürgern gestoßen, denn so unumstritten ist Herr Gauck auch im Osten nicht. ...und warum nicht ein junger dynamischer Bundespräsident Wulff. So schlecht kann dies für unser Ansehen in der Welt doch nicht sein, wenn wir hier nach Horst Köhler, dem wir alle dankbar sein dürfen, uns verjüngen und gegebenenfalls dadurch das Amt aufwerten.

das Beste für unser Land Sachsen entscheiden durften. Parteipolitik sollte meines Erachtens dabei nicht ausschlaggebend sein, nicht bei der Wahl unseres Staatsoberhauptes.

schon einmal Wunschkandidat der Liberalen für das Bundespräsidentenamt war. Mit dem Vorschlag verfolgt die SPD ein einziges Ziel: Die Koalition zu spalten, die Regierung auseinander zu brechen. Wir werden nicht so dumm sein, der Opposition diesen Gefallen zu tun. Wir wissen um unsere Verantwortung für unser Land, das einige Reformen braucht, die nur mit einer bürgerlichen Mehrheit umgesetzt werden können.



Christine Schlagehahn

Christine Schlagehahn (KV Görlitz):

Ich denke, dass wir als FDP einfach überrumpelt wurden. Frau Merkel hat ihre Entscheidung offensichtlich im Alleingang getroffen, um ihr konservatives Lager ruhig zu stellen. Und wir als kleinere Partei sollen dann ruhig halten?



Steve Görnitz

Steve Görnitz (KV Leipziger Land/MTL):

Ich sehe in Herrn Gauck den besseren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, er hat Persönlichkeit und viel Lebenserfahrung. Ich bin stolz, dass die sächsischen Landesvertreter in der Bundesversammlung unser Land vertreten und sich dabei nach ihrem Gewissen für



Uwe Steglich

Uwe Steglich (KV Sächsische Schweiz/Ostergelände):

Eine schwere Entscheidung, wir sind hin und hergerissen. Einerseits kann die Koalition in Berlin Unterstützung und einen Erfolg gut brauchen, andererseits kann man die große Sympathie und Unterstützung für Gauck bei der Basis nicht einfach ignorieren. Letztlich muss man auch mal auf sein Herz hören – deshalb: für Gauck.



Johannes Lohmeyer

Johannes Lohmeyer (KV Dresden):

Dass die FDP der Kanzlerin dabei hilft, ein internes Personalproblem zu entsorgen, zeugt von wenig Rückrat und erfüllt unser Klischee von der Umfallerpartei. Die Wahrnehmung und die Performance des bürgerlichen „Bündnisses“ in Berlin ist völlig unbefriedigend. Für uns sollte sich doch langsam die Frage stellen, ob dieses „Bündnis“ überlebt oder unsere Partei. Ich bin deshalb stolz auf unseren Landesverband und das konsequente Votum pro Gauck.



Joachim Günther

Joachim Günther (KV Vogtland):

Herrn Gauck zu nominieren, war ein verteufelt kluger Schachzug der Sozialdemokraten, die genau wissen, dass Herr Gauck vor vielen Jahren auch

IMPRESSUM

LiSa

LIBERALES SACHSEN
DIE ZEITUNG DES FDP-
LANDESVERBANDES SACHSEN

Die LiSa wird ausschließlich in ehrenamtlicher Arbeit von Mitgliedern und Freunden der sächsischen FDP im Auftrag des Landesverbandes erstellt und gestaltet.

HERAUSGEBER

LiSa Service GmbH, Radeberger Str. 51, Preußisches Viertel, D-01099 Dresden, Tel. 0351/65 57 65-83, Fax 65 57 65-1

REDAKTION & MITARBEIT

Torsten Herbst (V.i.S.d.P.), Anne-Kathrin Rothe, Christian Schulze, Thomas Widra, Michael Kutschke, Andreas Novak, Holger Zastrow

SATZ & LAYOUT

Karsten Praube

FOTOS

Karsten Praube, Thomas Schlegel, Oliver Killig, Michael Kutschke, Steffen Giersch

DRUCK

Offsetdruckerei Starke & Sachse GmbH
Großenhain

Die LiSa erscheint vier- bis sechsmal im Jahr als Beilage zur *elde*, der Mitgliederzeitung des FDP-Bundesverbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung des Landesverbandes wieder. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

gegr. 1995 in Dresden

ÜBERBLICK

Ladenöffnung liberalisieren

Wirtschaftsminister Morlok legt Gesetzentwurf vor

Der Staat muss nicht alles regeln, so ein viel zitierter Leitsatz unter Liberalen. Schwarz-gelb in Sachsen macht Ernst und geht das Thema Entbürokratisierung konsequent an. Nach der Sommerpause berät der Landtag über den Gesetzentwurf für das neue Ladenöffnungsgesetz und die Änderungen im Sonn- und Feiertagsgesetz.

„Die Neuregelung des Gesetzes trägt den Einkaufsgewohnheiten und Bedürfnissen der Kunden Rechnung. Der Entwurf schafft Freiheit und Flexibilität für Händler, die damit auch regional noch besser auf die Wünsche ihrer Kunden reagieren können.

Ich denke, wir haben einen Ausgleich der Interessen von Kunden, Händlern und Arbeitnehmern gefunden. Wir haben entbürokratisiert“, so der Sächsische Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Sven Morlok (FDP).

Geht es nach dem Entwurf des neuen Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes, soll es werktags bei der geltenden möglichen Ladenöffnungszeiten von 6 bis 22 Uhr bleiben. Für Einkaufsanstaltungen wie etwa Mitternachts-shopping soll künftig eine Anzeige des Händlers oder der Händlergemeinschaft bei der Gemeinde ausreichen. Bisher sind solche Ausnahmen nur mit langem zeitlichen Vorlauf und nach Zustimmung der Gemeinden möglich. Hier entfällt künftig Bürokratie, auch weil die Sonderöffnung als genehmigt gilt, wenn die Gemeinde nicht innerhalb von zwei Wochen nach Anzeige Einwände bekundet.

Zusätzlich zu den vier verkaufsoffenen Sonntagen soll ein weiterer verkaufsoffener, aber regional begrenzter Sonntag eingeführt werden, der flexibel gestaltet werden kann. Dieser wird in der Verantwortung der Gemeinden liegen, die so auf re-

gionale Bedürfnisse und Traditionen eingehen kann.

Für die Verkaufsstellen mit „besonderem Warenkorb“ gilt in Zukunft ebenfalls eine Lockerung der Vorschriften: Die maximal sechs Stunden können demnach auf mehrere Öffnungen zwischen 7 und 18 Uhr aufgeteilt

Aber auch dieser besondere Warenkorb darf nicht an gesetzlichen Feiertagen feil geboten werden. Bislang gilt ein absolutes Verkaufsverbot an zehn Tagen, nach dem Gesetzentwurf der CDU/FDP-Koalition nur noch an fünf Tagen, nämlich Karfreitag, Ostermontag, Pfingstmontag sowie beiden Weihnachtsfeiertagen.



Bald Vergangenheit: Geschlossene Autowaschanlagen am Sonntag

werden – etwa beim Bäcker, der morgens die frischen Brötchen an seine Kunden verkaufen, über Mittag schließen und am Nachmittag noch einmal mit Kuchen und Süßem ein gutes Geschäft machen kann.

Durch die Änderung des Sonn- und Feiertagsgesetzes sollen Videotheken von 13 bis 19 Uhr und Autowaschanlagen ganztägig auch an Sonntagen öffnen können.

RÜCKBLICK

Stimmungsvolles Fest auf Lauenstein

Rund 1.000 Gäste beim 5. Liberalen Burgfest

Trotz kühler Temperaturen und drohender Regenschauer konnte die FDP-Landtagsfraktion rund 1.000 Gäste auf dem 5. Liberalen Burgfest auf dem Falknerschloss Lauenstein im Osterzgebirge begrüßen - darun-

ter zahlreiche Bürger, Freunde und Wegbegleiter der FDP und auch einige Vertreter des sächsischen Koalitionspartners CDU. Vor der eindrucksvollen Kulisse des Schlosses Lauenstein mit faszinierendem Blick

ins Müglitztal erlebten die Besucher faszinierende Falknervorfürungen, mittelalterliche Theaterspiele und eine beeindruckende Feuershow.

Dazu gab's Deftiges aus der Schloss-

küche. Petrus sei Dank hatten sich die anfänglich über dem Schloss drohenden Regenwolken schnell verzogen, und so genossen die Gäste einen zwar kühlen aber launigen Sommerabend. Viele nutzten die

Gelegenheit, mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der Fraktion und den FDP-Vertretern aus der Staatsregierung in zwangloser und familiärer Atmosphäre ins Gespräch zu kommen.



Schauplatz des 5. Liberalen Burgfestes: Falknerschloss Lauenstein bei Geising



Torsten Herbst mit Manfred Böhme, Direktor des Landestourismusverband Sachsen e.V.



Siegfried und Ursula Däbritz aus Meißen mit Holger Zastrow



Holger Zastrow und Peter Daetz, Chef des Daetz-Zentrums in Lichtenstein



Premiere: Steffen Flath, Chef der CDU-Fraktion, mit seiner Frau



Paula Herold



Uwe und Martina Stübner aus Aue



Zog die Besucher in seinen Bann: Uhu Barnie



Stefan Frünke und Frau aus Niederfrohna



Dietmar Fischer mit Malgorzata Flickschu, Max und Sophie-Charlotte

KURZNACHRICHTEN

Treffen der Kreisschatzmeister

Anfang Juni trafen sich die sächsischen Kreisschatzmeister zur ihrer ersten Konferenz in diesem Jahr in Dresden. Themen waren die zukünftige Zusammenarbeit, Fragen zur Aufwandsspendenabrechnung sowie die finanzielle Situation im Land und in den Kreisen. Beim nächsten Treffen im September ist unter anderem eine Schulung für das neue Webportal geplant.

Neuer Vorstand in Bautzen

Der Regionalverband Bautzen hat einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender wurde Ramon Haufe (27), neue Stellvertreter sind Marcel Schulze (27) und Stefan Richter (31). Schatzmeister Thomas Leschke (48). Beisitzer sind Jan Richter (27), Hardy Haufe (54), Roman Wenk (30) und Stefanie Dreier.



Ramon Haufe

Karabinski als Ortschef bestätigt

Benjamin Karabinski (28) wurde als Chef des FDP-Ortsverbandes Freiberg mit 82 Prozent der Stimmen bestätigt. Neuer Stellvertreter ist der Weißenborner Bürgermeister Udo Eckert (50), Claus Mildner (63) wurde zum Schatzmeister gewählt.

Spende für Görlitzer Frauenverein

Die Landtagsabgeordnete und Stadträtin Kristin Schütz hat dem Verein „Frauen auf dem Weg nach Europa“ im Mai einen Computer sowie ein Softwarepaket gespendet. Damit soll die Bildungsarbeit und die Kooperation des 2005 gegründeten Vereins mit Partnern in Tschechien und Polen unterstützt werden.



Kristin Schütz und Projektleiterin Eva-Maria Reitz

Haushalt ohne neue Schulden

Sachsen bundesweit Vorbild für Generationengerechtigkeit

Mehr Geld für Investitionen in die Forschung, ein konsequenter Sparskurs in der Verwaltung und keine neuen Schulden - das sind die wichtigsten Eckpunkte des ersten gemeinsamen Doppelhaushalts von Union und FDP in Sachsen. Den entsprechenden Entwurf für die Jahre 2011/2012 hat das Kabinett im Juni vorgestellt. Demnach stehen dem Freistaat in den Jahren 2011 und 2012 jährlich etwa 15 Milliarden zur Verfügung. Verglichen mit dem laufenden Haushalt entspricht das einer Reduzierung um über einer Milliarde Euro pro Jahr.

Haushalt ohne neue Schulden

Grund für die Einnahmeausfälle sind vor allem wegbrechende Steuereinnahmen und der Rückgang der Solidarpaktmittel. Dennoch hat eine solide Finanzpolitik für Union und Freidemokraten oberste Priorität, deshalb legt die Staatsregierung einen Haushalt ohne neue Schulden vor. Sachsen ist damit bundesweit Vorbild für echte Generationengerechtigkeit.

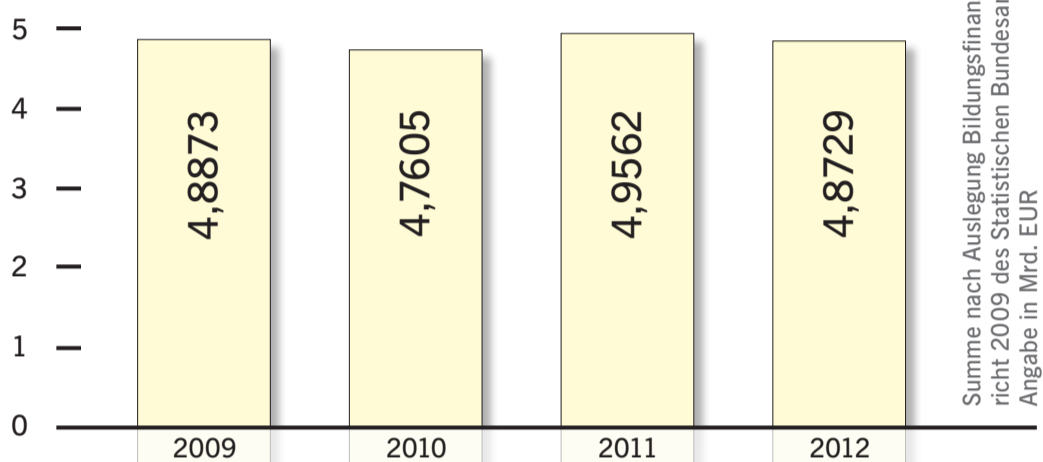
Schwerpunkt Bildung und Forschung

CDU und FDP haben den Mut, Prioritäten zu setzen. Zwar beteiligen sich alle Ministerien an den Einsparungen, Bildung und Spitzenforschung bleiben aber Schwerpunkt sächsischer Politik. So steigen die Ausgaben für die frühkindliche Bildung sogar auf über 400 Millionen Euro im Jahr 2012. Das sind 150 Millionen Euro mehr als noch im Jahr 2005. Die durch das Ende

der Teilzeit zusätzlich verfügbaren Lehrer sollen zur Verbesserung der Ganztagsbetreuung eingesetzt werden. Auch die Ausgaben für die außeruniversitäre Forschung erhöhen sich künftig um insgesamt 17 Millionen Euro. Im Hochschulbereich soll es zudem in den kommenden zwei

tenfreiheit. Und um Sachsen fit für 2020 zu machen, ist langfristig eine Verwaltung mit rund 70.000 Beschäftigten geplant. Ab 2012 soll die Zahl der Lehrerstellen schrittweise auf das Niveau westdeutscher Bundesländer angepasst werden – allerdings mit einem sächsischen „Quali-

Regierung wird im September und Oktober im Parlament diskutiert und soll im Dezember verabschiedet werden. Die darin geplante Anpassung der Ausgaben an die dauerhaft verringerten Einnahmen ist eine extrem schwierige Aufgabe und wird noch auf zahlreiche Widerstände stoßen.

Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung

Jahren keinen weiteren Stellenabbau geben. Die Schwerpunktsetzung auf Innovation sichert langfristig Wirtschaftswachstum und so höhere Staatseinnahmen.

Einsparungen bei Personal und Verwaltung

Um neue Schulden zu Lasten der Kinder zu verhindern, scheuen sich Union und FDP nicht davor, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Dazu zählt die Abschaffung des kostenlosen Vorschuljahres. Hier setzt die Regierung auf die Qualität der Kinderbetreuung statt auf Kos-

tätzuschlag“ von fünf Prozent. Der bereits beschlossene Abbau von Polizeistellen wird bis 2019 vollzogen sein. Gleichzeitig sollen aber jährlich 300 junge Nachwuchskräfte bei der Polizei eingestellt werden. Auch im Rahmen der Staatsmodernisierung kommt es zu nachhaltigen Einsparungen, vor allem bei den Landesdirektionen und der Finanzverwaltung. Die sächsischen Beamten leisten ebenfalls ihren Beitrag. So wird beispielsweise das Pensionsalter auf 67 Jahre angehoben und das Weihnachtsgeld entfällt.

Der vorliegende Haushaltsentwurf der

Doch nur durch die entschlossene Haushaltsanpassung bleiben Sachsen eigene finanzielle Spielräume für die nächsten Jahre erhalten.

Fakten und Hintergründe zur aktuellen Haushaltssituation in Sachsen finden Sie in der Broschüre „**Liberale Argumente**“.

Versand auf Anfrage:
FDP-Fraktion
im Sächsischen Landtag,
B.-v.-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden

VORSCHAU

7. Motorradtour der FDP Sachsen

Mit Schwung nach Ostsachsen und Brandenburg

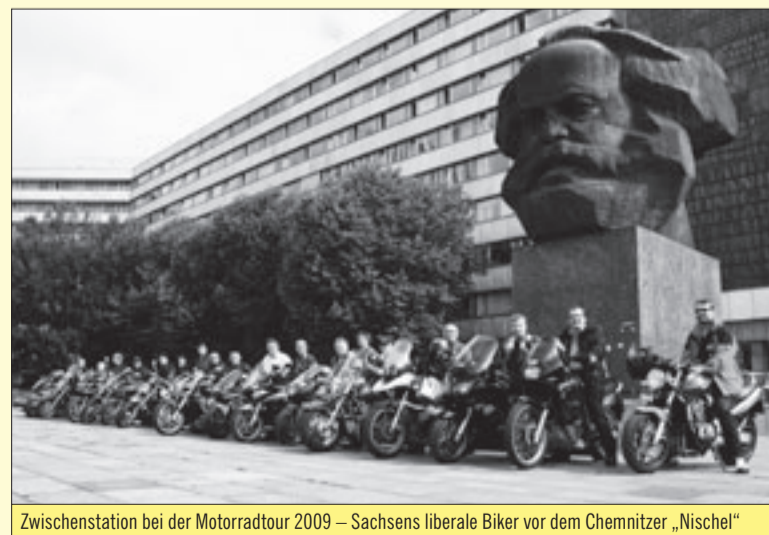
Sommerzeit, Ferienzeit, Bikersaison: Die mittlerweile 7. Motorradtour der FDP Sachsen steht an – zur Abwechslung einmal nicht im Zeichen eines Wahlkampfes. Und so setzen die liberalen Biker aus Sachsen in diesem Jahr ein lang gehegtes Vorhaben in die Tat um und werden vom 2. bis 5. August mit ihren Motorrädern über Ostsachsen durch das Land Brandenburg brausen.

Tourstart ist am Montag, dem 2. August, pünktlich um 12.00 Uhr am Liberalen Haus in Dresden. Geplant sind unter anderem folgende Tourstationen: Bad Muskau, Forst, Guben, das Barnimer und Ruppiner Land, die Ostprignitz, Potsdam, Jüterbog, Herzberg und Elsterwerda. Zum Tourprogramm gehören selbst-

verständlich auch zahlreiche Treffen mit den liberalen Freunden in Brandenburg. Den Abschluss findet die 7. Motorradtour am 5. August mit der Einfahrt in Dresden.

Mit dabei sind neben dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Holger Zastrow auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Jan Mücke, FDP-Sachsen-Partei- und Fraktionsvize Tino Günther, der sächsische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Roland Werner und der Landtagsabgeordnete Nico Tippelt.

Interessierte, auch für Einzeletappen, sind herzlich zur Tour eingeladen. Die Zimmerreservierung für die Übernachtungen erfolgt zentral, die



Zwischenstation bei der Motorradtour 2009 – Sachsens liberale Biker vor dem Chemnitzer „Nischel“

Tourkosten müssen selbst getragen werden. Ein „Besenwagen“ wird in gewohnter Weise das Gepäck transportieren.

Anmeldungen bis spätestens zum 16. Juli 2010 bei Anne-Kathrin Rothe, Tel. 0351/65 57 65-0 oder per Mail an rothe@fdp-sachsen.de.

INTERVIEW

Zur aktuellen Lage der FDP

Vier Fragen an Torsten Herbst, Generalsekretär der sächsischen FDP



Torsten Herbst

„Aufhören!“ titelte jüngst der „Spiegel“ in Bezug auf die schwarzgelbe Koalition in Berlin, bei Sonntagsfragen

zur Bundestagswahl dümpelt die FDP um die 5-Prozent-Marke herum. Was läuft schief?

Niemand konnte erwarten, dass nach dem Regierungsstart das FDP-Rekordergebnis bei der Bundestagswahl in den Umfragen unverändert bleiben würde. Zahlen sollten zwar nicht überbewertet werden, aber wir alle spüren: Der Start der Bundesregierung war katastrophal. Die Bürger

erleben keine gemeinsame Vision, sondern vor allem Streit in der Koalition. Vertrauen wird damit verspielt. Das schmerzt natürlich.

Was muss sich ändern?

Unsere Wähler haben zur Bundestagswahl ihre Stimme für einen Politikwechsel abgegeben. Sie erwarten eine bürgerliche Regierung mit Mut und Gestaltungskraft. Sie wollen eine freiheitliche Erneuerung unseres Landes. Der Reformgeist muss endlich deutlich werden. Noch ist es dafür nicht zu spät.

Aber auch in Sachsen steht die FDP in einer Umfrage bei sechs Prozent – nur Einfluss des Bundestrends?

Der Streit innerhalb der Koalition in Berlin prägt natürlich auch die Wahrnehmung in Sachsen mit. Dennoch wollen und müssen wir auch auf Landesebene besser werden. Der Anfang jedenfalls stimmt. Sachsen stellt in einem einzigartigen Kraftakt den einzigen Länderhaushalt ohne Neuverschuldung auf. FDP und CDU in Sachsen verbindet das Ziel, den Freistaat bis 2020 wirtschaftlich auf eigene Beine zu stellen. Und bei den Gesetzen zu Ladenöffnung, Baumschutz, Grundstücks-Vorkaufrechten und Denkmalschutz ist ein roter Faden deutlich sichtbar: Wir setzen ganz klar auf mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen, wir reduzieren deutlich staatliche Bevormundung.

Dennoch ist seit der Wahl viel von der einstigen Euphorie verfliegen ...

Trotz guter Vorbereitung haben wir beim Wechsel in die Regierung auch Lehrgeld bezahlt und Fehler gemacht. Viele erwarteten schnelle Veränderungen. Die Praxis ist eine andere: Durch Anhörungsrechte dauert es beispielsweise oft bis zu einem Dreivierteljahr, ehe ein Gesetz beschlossen wird. Wir müssen unser Handeln auch deutlich besser erklären und kommunizieren – wie bei der Entscheidung zur Bundespräsidentenwahl. Eine noch stärkere Präsenz unserer Abgeordneten im gesamten Land wird folgen. Wir haben eine historische Chance, unseren Freistaat freiheitlicher zu gestalten.

KURZNACHRICHTEN

FDP-Kommunalpolitiker geehrt

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der ersten freien Kommunalwahlen in der DDR fand bei der 11. Sitzung des Kreistages Zwickau eine Ehrung verdienstvoller Kommunalpolitiker statt. Zu den geehrten FDP Mitgliedern, die sich seit der Wende kommunalpolitisch engagieren, gehören Wolfgang Paternoga (3.v.l., Amtsleiter LRA), Günter Stein (4.v.l., Kreisrat), Karl Weiß (9.v.l., Kreisrat u. Fraktionsvorsitzender) sowie Dr. Hans-Jürgen Lambrecht (10. v.l., Kreisrat).



Anzeige



Stunde Null der 'Vereinigten Staaten von Europa'

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



WWW.HOLGER KRAHMER.DE

Am Morgen des 10. Mai diesen Jahres sind die Bürger in einem neuen Europa aufgewacht. Die meisten von ihnen werden sich dessen nicht bewusst gewesen sein. Der an diesem Wochenende tagende Gipfel der EU Staats- und Regierungschefs hat Europa mehr verändert als 15 Jahre Diskussion über eine europäische Verfassung. Mit dem Euro-Rettungspaket wurden Integrationsschritte vollzogen, die vertraglich weder vereinbart noch gewollt waren.

Die neue Realität der Europapolitik muss erkannt werden, um neue Maßnahmen abzuleiten. Dieser Ratsgipfel war die unfreiwillige Stunde Null der 'Vereinigten Staaten von Europa'. Wir sollten aufkommende Nationalismen und Anti-Europareflexe überwinden und nun das vollenden, was für uns und Europa das Beste ist: Die Integration europäischer Staaten in einen Staatenbund mit den richtigen Prioritäten:

1. | Konzentration der deutschen Außenpolitik auf die Weiterentwicklung der EU: Europa und die in Brüssel anstehenden Entscheidungsprozesse müssen oberste Priorität auf der Agenda des Außenministers einnehmen.

2. | Mindestkoordination der Wirtschaftspolitiken der Staaten der Euro-Zone: Gegenläufige Wirtschaftspolitik der Euro-Mitgliedsstaaten unter derselben Währung er-

höhen das wirtschaftliche Ungleichgewicht und können zur Bedrohung der Währungsstabilität führen.

3. | Neudefinition des europäischen Solidaritätsbegriffs: Die Weiterführung der erfolgreichen Regionalpolitik und Hilfe bei Naturkatastrophen sind sinnvolle Solidaritätsinstrumente. Dennoch darf infolge unverantwortlichen Haushaltens niemand mit der Solidarität anderer rechnen. Staaten, die mangels Kreditwürdigkeit ihre Haushalte nicht ausgleichen können, müssen sich zuerst mit ihren Gläubigern einigen.

4. | Einführung unabhängiger Kontrollinstrumente: Der Stabilitätspakt in seiner bisherigen Form hat ausgedient. Kriterien für die höchstmögliche Verschuldung brauchen unabhängige Kontrollinstrumente. Dazu gehören auch wirksame Sanktionen gegen Staaten, die Stabilitätskriterien verletzen.

5. | Ermöglichen von EU-Anleihen, um den Euro als Anker- und Reservewährung international attraktiver zu machen: Dies soll kein Freibrief zur Verschuldung der Europäischen Union sein, sondern ein neues Instrument zur Aufstellung eines EU-Haushalts. EU-Anleihen werden auf den Finanzmärkten eine hohe Bonität und Attraktivität bei Anlegern genießen. Deshalb sollten wir diese Option nicht weiter grundsätzlich ausschließen.

6. | Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank: Eine Notenbank, die unabhängig von politischen Einflüssen und Tagesgeschehnissen der Währungsstabilität verpflichtet ist, trägt zur Vertrauensbildung in eine Währung bei.

7. | Schaffen einer EU-Steuerhoheit: Die Vergemeinschaftung von Wirtschaftspolitik, Währung und Verschuldung erzwingt eine Debatte über die Finanzierung der Europäischen Union. Wir werden über die EU-Zollhoheit hinaus um weitere fiskalische Elemente nicht herumkommen.

Diese neue Prioritätensetzung erfordert ein völliges Umdenken in der Europapolitik. Sie muss mit der Abwendung von der in den letzten Jahren exzessartig betriebenen kleinteiligen Regulierung und Normierung auf EU-Ebene verknüpft werden. Ein Europa, das Mindestabstandsnormen für Leitersprossen erlässt, aber beim Euro-Stabilitätspakt wegsieht, setzt die falschen Prioritäten. Das zu ändern, ist das Gebot der Stunde.

Die Situation ist da!

HOLGER KRAHMER || MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G158
60, RUE WIERTZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU

KURZNACHRICHTEN

FDP Dresden-Neustadt mit neuer Führung

Der größte sächsische FDP-Ortsverband Dresden-Neustadt hat im Juni eine neue Führungsspitze gewählt. Zum Vorsitzenden wählten die Mitglieder den 39-jährigen Michael Kutschke. Zum Stellvertreter wurde Ronny Otte, zum Schatzmeister Dominik Kötter gewählt. Neu im Vorstand sind Janett Krätzschmar-König und Torsten Küllig als Beisitzer.

Ronald Weckesser berät Landtagsfraktion

Der ehemalige Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Sächsischen Landtages und ehemalige Linkspartei-Politiker Ronald Weckesser (61) steht der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag künftig als finanzpolitischer Berater zur Seite. Die bisherige finanzpolitische Beraterin Kerstin Rhodius geht demnächst in den Mutterschutz.

„Roland Weckesser ist ein über die Parteigrenzen hinweg anerkannter Finanzfachmann. Wir haben ihn wegen seiner Kompetenz gefragt und freuen uns, dass er unser Angebot angenommen hat“, so Torsten Herbst, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion.

Weckesser saß von 1999 bis 2009 für die PDS/Linkspartei im Landtag und war Dresdner Stadtrat. Er hatte im Jahr 2006 im Dresdner Stadtrat gemeinsam mit CDU und FDP für den Verkauf der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft WOBA und damit für die Entschuldung der Landeshauptstadt gestimmt. Nach einem erfolglosen Ausschlussverfahren war er im Juni 2009 aus der Linkspartei ausgetreten.



Ronald Weckesser

FDP Sachsen mit neuem Internetauftritt

Die Homepage der sächsischen Liberalen unter www.fdp-sachsen.de wurde überarbeitet. Neben gestalterischen Änderungen enthält sie wieder mehr Informationen zur Partei sowie ein erweitertes Serviceangebot im internen Bereich.

Opposition mit juristischen Trickereien

Entbürokratisierung von Baumfällungen verschoben



Tino Günther

Experten waren gehört, Ausschüsse hatten getagt, das neue „Gesetzes zur Vereinfachung des Landesumweltrechts“ und damit die lang erwartete Entbürokratisierung von Baumfällungen sollte eigentlich vom

Sächsischen Landtag in seiner Juni-sitzung verabschiedet werden. Doch statt „Nägel mit Köpfen“ zu machen, musste der Gesetzentwurf an den Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss zurück überwiesen werden. Zu den Gründen sprach LiSa mit Tino Günther, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion.

LiSa: Der Gesetzentwurf stand auf der Tagesordnung und wurde sprichwörtlich in letzter Minute zurück in den Ausschuss verwiesen. Was war da los?

Tino Günther: Nachdem Beschimpfungen, Beleidigungen und Kriminalisierung von Kleingärtnern und Grundstücksbesitzern die Entbürokratisierung nicht verhindern konnten, haben die Cheflobbyisten der

Ökobürokratie – die Grünen – nun offenbar die letzte Karte ausgespielt und versuchen, die Sache mit juristischen Trickereien zu stoppen. Im Kern geht es um eine Formalie.

LiSa: Die da wäre?

Tino Günther: Unser Gesetz greife in die Kommunale Selbstverwaltung ein und dazu müssten die kommunalen Spitzenverbände noch angehört werden. Solche Spielchen von Winkeladvokaten werden uns aber nicht daran hindern, das zu tun, was richtig ist - Baumfällungen für Kleingärtner und Grundstücksbesitzer wirksam zu entbürokratisieren.

LiSa: Was ist dran am Vorwurf des Eingriffs in die kommunale Selbstverwaltung?

Tino Günther: Gar nichts! Wir bieten den Kommunen ja nicht, ihre kommunalen Gehölze drei Mal im Jahr von 20 Experten begutachten zu lassen. Auf Privatgrundstücken haben die aber nichts zu suchen. Hier entscheiden die Besitzer und nicht der Fledermausbeauftragte aus der Verwaltung.

LiSa: Wie geht's jetzt weiter?

Tino Günther: Wir haben im Interesse der Rechtssicherheit entschieden, die Gesetzesänderung noch einmal im Ausschuss zu behandeln. Für die betroffenen Bürger gibt es keine Verzögerungen: Unser Gesetz wird wie geplant im Herbst nach Ende der Vegetationsperiode in Kraft getreten sein.

AUSTAUSCH

Tschechische Studenten im Bundestag

Begegnungsseminar schon seit 1998

Lehramtsstudenten der Westböhmerischen Universität Pilsen waren am 6. Mai zu Gast im Deutschen Bundestag. Begleitet von Prof. Elke Mehnert aus Aue und dem sächsischen Bundestagsabgeordneten Joachim Günther standen neben der Besichtigung des Reichstages auch etliche Themen zur Diskussion, unter anderem die deutsche

Einschätzung der Rolle Tschechiens in der EU, die länderübergreifende Infrastruktur (Sachsen-Franken-Magistrale mit Verbindung nach Cheb) und die Pressefreiheit. Bereits 2008 und 2009 war eine tschechische Besuchergruppe dieser Universität zu Gast im Deutschen Bundestag. Der Ursprung der deutsch-tschechischen Begegnungsseminare reicht jedoch

viel weiter zurück. Die Initiatorin Prof. Dr. Elke Mehnert aus Aue hat bereits 1998 gemeinsam mit dem damaligen Bildungsstättenleiter der Wolfgang-Natonek-Akademie Peter-Andreas Bochmann in Kottenheide das 1. Begegnungsseminar „Gute Nachbarn - schlechte Nachbarn?“ kreiert, um die deutsch-tschechischen Beziehungen zu intensivieren und Impulse für die

Zusammenarbeit in der Euregio Eggenstein, der Grenzregion zwischen beiden Ländern, zu geben. Nicht nur Wissenschaftler und Studenten der Westböhmerischen Universität Pilsen und der Technischen Universität Chemnitz nahmen damals teil, sondern auch Kommunalpolitiker, Vertreter der Wirtschaft, Schriftsteller, Journalisten und Bürger.

Anzeige

**WILHELM-KÜLZ-STIFTUNG** Das liberale Bildungswerk Sachsens**Wir wünschen Ihnen einen informativen und freiheitlichen Sommer!**

Der Herbst bringt allerhand Neuigkeiten, wir arbeiten an einem neuen Outfit, neuen Themen und möchten Ihnen die Möglichkeit bieten, unser Programm mitzugestalten. Sie können Ihre Themenschwerpunkte ankreuzen und uns mitteilen. Ebenso bitten wir Sie, uns Ihre aktuellen Kontaktdaten mitzuteilen, da das bisherige Informationssystem umgestellt wird.

- Liberale Jugend- und Bildungspolitik
 Wirtschaft und liberale Gesellschaft
 Weltoffene Gesellschaft und Außenpolitik
 Minderheitenrechte in Sachsen
 Kultur und liberale Gesellschaft

- Liberale Gesellschaft versus Extremismus
 Liberales Sachsen: Geschichte, Kultur und Tradition
 Methodenseminare (Presse, Rhetorik, Kommunikation, Führung)
 Andere Schwerpunkte (bitte angeben):

Name, Vorname: Postadresse: E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten ausschließlich innerhalb der Wilhelm-Külz-Stiftung verwendet werden. Ihre Angaben helfen uns, Ihnen zielgruppengerecht unsere Angebote zuzusenden. Wir versichern Ihnen, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben der Wilhelm-Külz-Stiftung und keinesfalls für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Bitte an uns zurücksenden:

Post: Wilhelm-Külz-Stiftung Sachsen,
 Radeberger Str. 51, 01099 Dresden
 Fax: (03 51) 65 57 65 22
 E-Mail: info@wks-sachsen.de

GEDENKEN

Jan Mücke in Yad Vashem

Kranzniederlegung an Gedenkstätte

Im April besuchte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Jan Mücke Israel, um dort neue Flugrouten von Air Berlin nach Tel Aviv einzuweihen. Air Berlin fliegt inzwischen von Berlin, München, Köln und Düsseldorf direkt nach Tel Aviv. Vor Ort hat er verschiedene Gespräche über Luftverkehrsthemen geführt. Im Mittelpunkt standen dabei die Liberalisierung im bilateralen Luftverkehr, die Einführung des geplanten Emissionshandelsystems sowie Sicherheitsmaßnahmen zur Terrorabwehr an Flughäfen. In einer Pressekonferenz mit dem israelischen Minister

für Tourismus, Stas Misezhnikov, hob Mücke die Bedeutung des Tourismus für den kulturellen Austausch und das bessere Verständnis füreinander hervor. Im Rahmen dieser Reise besuchte Jan Mücke auch die Gedenkstätte Yad Vashem auf dem Berg der Erinnerung in Jerusalem. „Yad Vashem“ bedeutet wörtlich übersetzt „ein Denkmal und ein Name“. Die Gedenkstätte hat die Aufgabe, durch Gedenken, Dokumentation, Forschung, Publikationen und Erziehung das Andenken der sechs Millionen Juden zu bewahren, die in der Shoah umkamen, sie ehrt jedoch auch diejenigen „Gerechten unter den Völkern“, die unter erheb-



Jan Mücke gedenkt der Opfer der Shoah

lichen Gefahren für sich selbst Juden das Leben retteten. Sichtlich beeindruckt von der gesamten Gedenkstätte, die auch architektonisch das

Leben und Leiden der Holocaustopfer widerspiegelt, legte Jan Mücke für die Bundesregierung einen Kranz nieder.

JUBILÄUM

Herzlichen Glückwunsch JuliA

Festakt zum Jubiläum in Dresden

Nicht nur die FDP Sachsen begeht in diesem Jahr ihren 20. Geburtstag.

Auch der Jugendverband feiert ein historisches Jubiläum. Am 28. April

1990 wurde der Landesverband der Jungliberalen Aktion Sachsen (JuliA) im heutigen Goethe-Institut und damaligen sächsischen Soldatenheim in der Dresdner Neustadt offiziell gegründet.

Zur Festveranstaltung im großen Saal des Goethe-Institutes an der Königsbrücker Straße waren rund 120 Gäste erschienen, darunter neben vielen sächsischen Jungliberalen, zahlreiche „Aktivisten“ der ersten Stunde. Die Laudatio zum Jubiläum hielt die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Birgit Homburger. In ihrer launigen Rede erinnerte sie an so manche Anekdote, die sie als damalige baden-württembergische

Juli-Chefin und später erste gesamtdeutsche Juli-Vorsitzende mit den seinerzeit „recht unkonventionellen“ Sachsen erlebt habe.

In der anschließenden Podiumsdiskussion ließen die JuliA-Mitbegründer Holger Zastrow (heute FDP-Chef in Sachsen), Sven Morlok (heute sächsischer Wirtschaftsminister), André Ludwig, Tom Steinborn und Thomas Schulze gemeinsam mit dem aktuellen JuliA-Sachsen-Vorsitzenden Markus Viefeld die zurückliegenden Jahre Revue passieren. Zastrow bezeichnete die Gründung der Jungliberalen Aktion schließlich als Geburtsstunde der heutigen FDP Sachsen.



JuliA-Veteranen: Benjamin Karabinski, Ivo Klatte, Holger Zastrow, Patrick Ott, Marcus Viefeld, Sven Morlok, Torsten Herbst, Tom Steinborn-Henke (v.l.n.r.)

KURZNACHRICHTEN

20 Jahre FDP im September

Die geplante Festveranstaltung zum zwanzigjährigen Gründungsjubiläum der FDP Sachsen wird aus organisatorischen Gründen von August auf September verlegt. Der genaue Termin wird allen Mitgliedern rechtzeitig bekannt gegeben.

Neuer Kreisverband „Zwickau“ gegründet

Die Kreisverbände Zwickau und Chemnitzer Land haben sich zu einem gemeinsamen Verband unter dem Namen „Zwickau“ zusammen geschlossen. Zuvor hatten sich beide Alt-Kreisverbände aufgelöst. Zum Vorsitzenden des neuen Kreisverbandes wählten die knapp 85 Anwesenden beim Parteitag am 26. Juni in Zwickau Dr. Jürgen Martens aus Meerane zum neuen Kreisvorsitzenden. Ihm stehen André Hubatschek, Nico Tippelt, Karin Kurth und Lutz Maaß als stellvertretende Vorsitzende zur Seite. Zum Schatzmeister wurde Holger Liebelt gewählt. Der neue Kreisverband FDP Zwickau hat insgesamt 246 Mitglieder. Damit haben nun alle regionalen Verbände der FDP Sachsen ihre Strukturen an die neuen Kreisgrenzen angepasst.



Neuer FDP-Kreisvorstand mit Generalsekretär: L. Maaß, N. Tippelt, K. Kurth, Dr. J. Martens, A. Hubatschek, T. Herbst, H. Liebelt

Verfassungsmedaille für Ludwig M. Rade

Am 15. Mai wurde Ludwig Martin Rade mit der Sächsischen Verfassungsmedaille geehrt. Die Medaille verleiht der Präsident des Sächsischen Landtags seit 1997 jährlich Personen, die sich besonders um die freiheitliche demokratische Entwicklung des Freistaates Sachsen verdient gemacht haben. Rade gehört dem Landtag von 1990 bis 1994 an und war der zweite Fraktionsvorsitzende der FDP nach der Wende.



Ludwig Martin Rade und Landtagspräsident Matthias Röbler

Anzeige



ALLTAG e.V.
Schuldnerberatung
und Insolvenzberatung

Mitglied im
Paritätischen Wohlfahrtsverband

Eine Geschäftsstelle des
S. O. S. Alltag e. V. gibt es
seit 2005 auch in
01099 Dresden,
Radeberger Straße 6,
Tel. 0351 8894909.

Ihr Start in eine schuldenfreie Zukunft

Im Jahr 1994 in Frankfurt gegründet betreute der S.O.S. Alltag e. V. zunächst ausschließlich verschuldete Klientinnen der Anlaufstelle für straffällig gewordene Frauen der Arbeiterwohlfahrt. Aufgrund des ständig wachsenden Beratungsbedarfs sprachen auch zunehmend Personen vor, die wegen ihres Wohnortes oder ihrer Lebenssituation bei anderen Beratungsstellen keinen Zugang finden konnten. Bis heute handelt es sich dabei um Selbstständige, Gewerbetreibende und ehemalige Selbstständige sowie um Personen in besonderen Notlagen.

Durch das im Jahr 1999 in Kraft getretene Insolvenzrecht wurde natürlichen Personen im Wege eines gesetzlich geregelten Verfahrens der Zugang zu einem gerichtlich verfügbaren Schuldenerlass ermöglicht. Der S. O. S. Alltag e. V. hat hier frühzeitig Weichen gestellt, um den Ratsuchenden einen raschen und möglichst unbürokratischen Zugang zum Verfahren bzw. zur möglichen Restschuldbefreiung zu verschaffen.

Die Beratungsstelle in Dresden garantiert eine qualifizierte Erstberatung innerhalb von zwei Wochen nach Kontaktaufnahme. Die Mitarbeiter verfügen über eine fundierte Ausbildung und langjährige Erfahrung in der Schuldner- und Insolvenzberatung. Eine Betreuung durch den S. O. S. Alltag e. V. ist auch im Insolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren möglich. Eine Einschränkung des Beratungsangebotes auf bestimmte Personengruppen gibt es nicht.

Zusammenschluss der FDP Sachsen vor 20 Jahren

Demokratischer Gründungsprozess

Während der friedlichen Revolution 1989/90 gingen Hunderttausende auf die Straßen. Sie alle einte zunächst der Protest gegen das herrschende SED-Regime. Stück für Stück erkämpften sich die Ostdeutschen demokratische Freiheiten und so fanden sich schon bald viele Menschen in Bürgerbewegungen, alternativen Gruppierungen oder neuen Parteien zusammen, darunter auch die neuen liberalen Parteien in der DDR, die Deutsche Forumpartei (DFP) und die F.D.P. der DDR. Auch in den alten Blockparteien LDPD und NDPD wurden neue Kräfte aktiv, die für Freiheit, Demokratie und schließlich die Einheit Deutschlands eintraten.

Die LDP bildete am 24. Februar 1990 in Karl-Marx-Stadt einen Landesverband Sachsen, deren Vorsitzender Dietmar Schicke wurde. Seine beiden Stellvertreter waren Uwe Rantzsch und Ludwig Martin Rade. Aus jedem der drei Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt wurden noch 15 weitere Per-

sonen in den Vorstand gewählt. Parallel zum Landesverband blieben die Bezirksverbände vorerst erhalten. Es gab also die alten hauptamtlichen Strukturen und den neuen Landesverband, der auf ehrenamtlicher Grundlage funktionierte. Das heißt, dass sollte er, denn noch herrschte

müssen und hauptamtliche Vertreter zum Gründungsparteitag zu senden. Nur zum Teil waren ehrenamtlich gewählte Delegierte anwesend.

Die LDP benannte sich am 27. März 1990 DDR-weit in „Bund Freier Demokraten – Die Liberalen“ (BFD) um. Dadurch sollte der endgültige Bruch mit der Vergangenheit demonstriert und den anderen liberalen Parteien der DDR die Fusion mit der LDP erleichtert werden. DFP und F.D.P. der DDR hegten allerdings noch große Vorbehalte und verhandelten direkt in einem gemeinsamen Vereinigungsausschuss unter der Leitung von Wolfgang Mischnick mit der West-FDP und der LDP/BFD. Die NDPD schloss sich noch am 27. März dem BFD an. Der Bezirksverband Chemnitz der DFP trat ebenfalls mit Wirkung vom 27. Juni 1990 dem BFD bei.

Am 15. Juni 1990 folgte ein weiterer Wahlparteitag des BFD-Landesverband Sachsen im Dresdner Haus der Kultur und Bildung, auf

das Denken in den alten Strukturen vor. Der hauptamtliche Apparat war der Meinung, den Vorstand setzen zu



dem der Vorstand durch ehrenamtliche Delegierte demokratisch gewählt wurde. Außerdem wurden hier die Delegierten für den Vereinigungsparteitag der liberalen Parteien in Hannover gewählt.

Auf dem Parteitag am 11./12. August 1990 in Hannover schlossen sich nun alle liberalen Parteien der DDR mit der West-FDP zu einem gesamtdeutschen FDP-Bundesverband zusammen. Rainer Ortleb überreichte die Beitrittserklärung des BFD mit dem Wortlaut „Die deutschen Liberalen haben sich entschlossen, in den beiden heute noch

bestehenden Staaten die Einheit mit einer liberalen Partei zu vollziehen. Die deutsche Einheit mit liberalem Geist zu füllen, ist Ziel der Liberalen. Im Gleichklang mit der Entwicklung zur Deutschen Einheit erkläre ich für den Bund Freier Demokraten den Beitritt zur Freien Demokratischen Partei.“ Otto Graf Lambsdorff wurde zum Vorsitzenden des Bundesverbandes gewählt, als neue Stellvertreter kamen Ortleb vom BFD, Bruno Menzel von der F.D.P. der DDR und Lothar Ramin von der DFP in den Bundesvorstand. Damit hatte die FDP als erste Partei einen gesamtdeutschen Verband gebildet.



TERMINE (AUSWAHL)

- 19.07. – 07.08.**
Sommertour der FDP-Landtagsfraktion
- 02.08. – 05.08.**
7. Motorradtour
- 02.08.**
AK Land- und Forstwirtschaft in Dresden
- 04.08.**
LFA Bildung, Schule und Berufsausbildung in Dresden
- 13.08.**
Landesvorstandssitzung
- September**
Festveranstaltung „20 Jahre FDP Sachsen“ in Dresden
- 03.09. – 05.09.**
Tag der Sachsen in Oelsnitz im Erzgebirge
- 06.09.**
LFA Verkehr, Bau und Infrastruktur in Dresden
- 14.09.**
LFA Umwelt und Verbraucherschutz in Dresden
- 15.09.**
LFA Soziales, Familie und Demografie in Dresden
- 17.09.**
Landesvorstandssitzung
- 29.09.**
LFA Bildung, Schule und Berufsausbildung in Dresden

NAH DRAN

Unterwegs in Sachsen

Sommertour der FDP-Landtagsfraktion

Die Vorbereitungen zur Sommertour 2010 der FDP-Fraktion im Sächsischen Landtag laufen auf Hochtouren. Abgeordnete, Mitarbeiter und fleißige Helfer wollen vom 19. Juli bis 7. August auf Marktplätzen, Volksfesten oder an Einkaufszentren mit den Sachsen ins Gespräch kommen, über die bisherige Landtagsarbeit informieren und nützliche Anregungen für die Parlamentsarbeit mitnehmen. Die Tourstationen im Überblick:

19.07. (Mo)	Gröditz und Meißen	29.07. (Do)	Eilenburg
20.07. (Di)	Mittweida	30.07. (Fr)	Radeberg und Radebeul
21.07. (Mi)	Döbeln	31.07. (Sa)	Dresden
22.07. (Do)	Freiberg	02.08. (Mo)	Zittau
23.07. (Fr)	Aue	03.08. (Di)	Annaberg
24.07. (Sa)	Plauen	04.08. (Mi)	Crimmitschau und Zwickau
26.07. (Mo)	Hoyerswerda und Bautzen	05.08. (Do)	Limbach-Oberfrohna
27.07. (Di)	Grimma	06.08. (Fr)	Freital
28.07. (Mi)	Wurzen	07.08. (Sa)	Leipzig

(Änderungen vorbehalten)



Mit einem *großen Dankeschön* für die Treue zu unserer Partei und den *besten Wünschen für Gesundheit, Glück und persönliches Wohlergehen* gratuliert der FDP-Landesvorstand!

GEBURTSTAGSJUBILÄEN

70 Jahre: Klaus Bogs, 05.07. + Lothar Wolf, 08.07. + Klaus Kürschner, 05.08. + Dr. Jürgen Bufe, 07.08. + Manfred Ullrich, 29.08. + Harald Seeliger, 17.09. + Jürgen Bemme, 18.09. + Dietmar Häger, 18.09. + Armin Hahn, 22.09. + Erika Heinemann, 23.09. + 80 Jahre: Dieter Kegel, 03.07. + Siegfried Hofmann, 03.09. + 85 Jahre: Ursula Brauer, 10.08. + Annemarie Schmidt, 10.08. + Gottfried Oswald, 16.08. + York Lothholz, 13.09.

PARTEIJUBILÄEN

25 Jahre: Jochen Wulfkühler, 18.07. + Birgit Berberich, 22.07. + Uwe Beck, 26.07. + Stefanie Landmann, 27.07. + Dr. Thomas Damm, 01.08. + Klaus Haupt, 11.09. + Udo Sandig, 14.09. + Bernd Wetzig, 20.09. + Dr. Norbert Hertwig, 29.09. + Volker Steuer, 30.09. + 40 Jahre: Gabriele Graul, 01.07. + Heidemarie Hildebrand, 06.07. + Eberhard Zimmer, 27.07. + Frieder Neumann, 01.08. + Anton Felber, 24.08. + Rolf Haußig, 01.09. + 50 Jahre: Roswitha Jänsch, 09.08. + 65 Jahre: Claus Schimmel, 31.07. + Dr. Wolfram Kaukusch, 20.09.